

die Lizenzpflicht bzw. eine Quotenregelung gilt. Die Ratifizierung wird exklusiv von der städtlichen Handels- und Wirtschaftskommission vorgenommen. Ausschließlich sie genehmigt auch Joint Ventures, sofern chinesische Privatunternehmen beteiligt sind bzw. sie zu 100% aus dem Ausland finanziert werden.

Per 1.9.1989 hatte die Stadt 559 Joint Ventures mit einem Vertragswert von 4,1 Mrd.US\$ zur Ansiedlung in Beijing genehmigt. Daran sind die 185 mit der Zentralregierung abgeschlossenen Projekte nicht enthalten. Auf ausländische Unternehmen aus 26 Ländern entfielen 1,9 Mrd.US\$. Taiwan investierte bisher rd. 140 Mio.US\$ in ungefähr 40 Vorhaben, drei Viertel davon in die produktiven Sektoren.

Von den 559 Joint Ventures hätten gut 200 den Betrieb aufgenommen, 70% seien in der Gewinnzone. Ihr Bruttoerzeugungswert wurde mit 2,6 Mrd.Yuan beziffert, die Verkäufe sollen 2,7 Mrd.Yuan, der Export einen Wert von 37,2 Mio.US\$ erreicht haben.

Die Neuentwicklung verläuft seit den Juni-Unruhen schleppend. Bis Ende Juni 1989 waren dem Vernehmen nach 90 Genehmigungen mit einem ausländischen Kapitalaufwand von ca. 50 Mio.US\$ erteilt worden. Planziel für 1989 waren 100 Kontrakte. (NfA, 6.12.89) -lou-

***(40)**
Zentren für Zusammenarbeit in Moskau und Beijing

Verträge über die Errichtung je eines Zentrums für industrielle Zusammenarbeit in Moskau und Beijing wurden am 22.11.1989 während der in Wien tagenden Generalkonferenz der UN-Organisation für industrielle Entwicklung (UNIDO) unterzeichnet.

Ihre Aufgaben werden ähnlich sein wie die der neun bestehenden Investitionsförderungsbüros (IPS) der UNIDO in Köln, Mailand, Paris, Seoul, Tokyo, Wien, Warschau, Washington und Zürich. Über die Förderung von Investitionen aus dem jeweiligen Gastland in Entwicklungsländer hinaus sollen die neun Büros auch Investitionen aus Drittländern ins Gastland vermitteln.

Da das Gastland und nicht die UNIDO das jeweilige Büro finanziert, besteht auch ein entsprechendes Interesse an einer effektiven und praxisnahen industriellen "Heiratsvermittlung", die allein im laufenden Jahr zu 121 neuen Investitionsprojekten im Werte von 414 Mio.US\$ geführt hat. Die bei internationalen Organisationen so gefürchtete Bürokratie hat bei diesen praxisnahen Einrichtungen keinerlei Nährboden.

Zugleich hat die UNIDO-Generalkonferenz neue Richtlinien für die Arbeit der IPS beschlossen, denn das Hereinholen von Investoren ins Gastland soll auch zu den Aufgaben der bisherigen IPS gehören. Diese Büros stellen Kontakte her, bewerten Projekte, geben Informationen, veranstalten Treffen - von internationalen Investitionsforen bis zu Einzelgesprächen - und helfen bei Verhandlungen. Sie ermöglichen Präsentationen einzelner Entwicklungsländer und bringen deren Vertreter mit interessierten Partnern im Gastland zusammen. (HB, 23.11.89) -lou-

Binnenwirtschaft

***(41)**
Aussagen zur Wirtschaftsstrategie auf dem ZK-Plenum

Ein von der Nachrichtenagentur Xinhua veröffentlichtes Kommuniqué über die strategischen Leitlinien der Wirtschaftsentwicklung Chinas zieht eine positive Bilanz der Wirtschaftsentwicklung der letzten 10 Jahre. Das Leben in Stadt und Land habe sich verbessert, obwohl sich in den letzten Jahren zahlreiche Schwierigkeiten angesammelt hätten. Der Weg, diese Probleme durch die Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die Festigung der Wirtschaftsordnung zu lösen, habe sich als richtig erwiesen und sei in den kommenden drei Jahren oder darüber hinaus fortzusetzen.

Das Zentralkomitee formulierte vier ökonomische Schwerpunktaufgaben. Der gesellschaftliche Bedarf soll eingeschränkt und die Kontrolle über Kredite und Finanzen verstärkt werden. Ausgaben für den Konsum seien zu-

rückzuschrauben. Weitere Bemühungen zielen auf die Korrektur der Industriestruktur sowie auf Erhöhung der Agrarproduktion, vor allem bei Getreide und Baumwolle, ab.

Die Partei wird aufgefordert, ihre Führungsrolle bei der Reform und den Korrekturen strikt wahrzunehmen. Dringend sei, die Interessen des ganzen Landes zum Maßstab zu machen und über örtliche zu setzen.

Auf die Chinesen kommen Jahre der wirtschaftlichen Einschränkung zu. Die Kommunistische Partei kündigte am 9.11.1989 die Fortsetzung des Sparkurses an, der die Wirtschaft der Volksrepublik sanieren soll und für das Volk bereits spürbare Folgen hatte. Die vor 14 Monaten eingeleiteten Maßnahmen hätten bereits zu ersten Erfolgen geführt und würden noch mindestens zwei Jahre lang andauern, hieß es in der Erklärung der Kommunistischen Partei. Materielle Erleichterungen werden hingegen nicht in Aussicht gestellt.

Zu den Auswirkungen der Sparpolitik zählen Fabrikschließungen und Arbeitslosigkeit. Mit ihrem Kurs will die Beijinger Führung die Eindämmung der Inflationsrate unter 10% und die Belebung des Wirtschaftswachstums erreichen. In der ersten Jahreshälfte 1989 betrug die Preissteigerung 25,5%, die wirtschaftliche Wachstumsrate ist von fast 18% im Jahre 1988 auf 0,9% abgesackt. Mittlerweile wurde die Inflation auf 13% heruntergedrückt.

Die Kommunistische Partei forderte eine Kombination von staatlicher Planung und Marktmechanismen, insgesamt aber eine stärkere Kontrolle der Partei über die Wirtschaft. (XNA, 9.11.89) -lou-

***(42)**
Neuer Fünfjahresplan

Der nächste Fünfjahresplan der Volksrepublik China wird im Jahre 1991 beginnen. Die staatliche Planungskommission hat kürzlich die wesentlichen Leitlinien für den 8. Fünfjahresplan entworfen. Vorgeschlagen wurde ein Wechsel von der Politik der regionalen Schwerpunkte hin zu industriellen Schwerpunkten sowie ein Ende des finanziellen Verantwortlichkeitssystems.

Der wesentliche Inhalt der "grundlegenden Leitlinien für den nationalen Wirtschaftsentwicklungsplan 1991-1995", die von der staatlichen Planungskommission vorgeschlagen worden sind, enthält die folgenden Punkte:

1. Die regionale Aufteilung von "Osten, Zentrum und Westen" wird nicht länger während des 8. Fünfjahresplanes betont werden. Der regionale Schwerpunkt wird durch einen industriellen Schwerpunkt ersetzt. Große Unternehmensgruppen, die regionen-, abteilungs- und branchenüberschreitend sind, werden unterstützt.

2. Die Landwirtschaft wird an die erste Stelle gesetzt. Der Staat hat bereits bestätigt, daß der Kredit in Höhe von 300 Mio. US\$ von der Weltbank für die landwirtschaftliche Entwicklung genutzt wird.

3. Der Entwicklung des Transport- und Kommunikationswesens wird Aufmerksamkeit geschenkt. Der Anteil der Investitionen in diesem Bereich wird um 10% erhöht. Maschinen und Elektronikprodukte sollten in der folgenden Weise arrangiert werden: Lastwagen, große komplette Anlagen, Mikroelektronik, Videorekorder, mobile Telekommunikationseinrichtungen sowie Schaltzentren, astronautische Industrie und schließlich elektrische Haushaltsgeräte.

4. In bezug auf interne und externe Schulden wird die Aussage gemacht, daß die Rückzahlung interner Schulden im Jahre 1990 eine Spitzenposition erreichen wird, die drei bis fünf Jahre anhalten wird. Von 1992 wird die Rückzahlung von Auslandsschulden eine Spitzenposition erreichen, die fünf bis sieben Jahre andauern wird.

5. Die zunehmend sichtbar werden den Defekte des finanziellen Verantwortlichkeitssystems haben die Anpassung des industriellen Apparates sowie der Produktionsstruktur ernsthaft beeinträchtigt. Deshalb wird das finanzielle Verantwortlichkeitssystem während des 8. Fünfjahresplanes nicht länger durchgeführt werden. Ein separates Besteuerungssystem wird statt dessen eingeführt. Es wird auch drastische Veränderungen im Außenhandel sowie bei den Systemen der vertraglich vereinbarten finanziellen Verantwortlichkeit geben.

Entsprechend den Voraussagen der zuständigen Abteilungen wird der Bruttoproduktionswert der Industrie im Jahre 1989 ca. 13.110 Mrd. Yuan ausmachen, das ist ein Zuwachs von ca. 8% gegenüber dem vorangegangenen Jahr. Die Industrie des öffentlichen Sektors wird um 6% zunehmen, der kollektive Sektor um 9% und die Dorfindustrie um 10%.

Seit September 1989 ist das industrielle Wachstum gefallen. Wegen der relativ hohen Basiszahl für das ganze Jahr kann nur eine Wachstumsrate von 3-4% in den folgenden drei Monaten des Jahres realisiert werden. Das Wachstum in einigen Provinzen, Regierungsunmittelbaren Städten und Autonomen Regionen kann sogar negativ werden. Da das Produktionswachstum gesunken ist, wird auch die wirtschaftliche Effizienz weiter absinken. Dies hat wiederum Auswirkungen auf die Staatseinnahmen.

Aufgrund einer offiziellen Analyse, die von der gegenwärtigen Situation ausgeht, ist die Situation in bezug auf die Einzelhandelsumsätze für die letzten drei Monate des Jahres 1989 und für 1990 auf keinen Fall günstig. Deshalb sollten effektive Maßnahmen ergriffen werden, um einen Rückgang der Wirtschaftstätigkeit zu verhindern. (Wen Wei Po, 31.10.89, zit. nach SWB, 2.11.89) -lou-

*(43)

Neuer Zwölfjahresplan zur Ausschöpfung von Ressourcen

Die Volksrepublik hat ein großes Programm zur Ausschöpfung von Naturressourcen für die Entwicklungsprojekte in den nächsten 12 Jahren entwickelt. Verantwortliche Kader räumten indes ein, daß sie Schwierigkeiten haben würden, das Ziel zu erreichen, ausreichende mineralische Rohstoffe zur Befriedigung des wachsenden Appetits der Industrie zu finden. Ein Sprecher des Ministeriums für Geologie und mineralische Ressourcen erklärte, es würde sehr schwer werden, die normalen Lieferungen von Mineralien sicherzustellen, die für die Erreichung des Pro-Kopf-Volkseinkommenszieles von 800 US\$ für das Jahr 2000 benötigt würden, falls nicht effektive Maßnahmen sofort ergriffen würden.

Gegenwärtig sind in der Volksrepublik 162 Mineralien bekannt. Für 148 von ihnen sind Lagerstätten nachgewiesen; insgesamt 200.000 Zechen oder Schächte sind im ganzen Land errichtet worden. Probleme, wie beispielsweise geringwertige Erze, unzureichende Aufbereitungsverfahren und ungünstige Standorte, erschweren es, diese Lagerstätten in den nächsten Jahren auszubeuten.

Wichtige Ressourcen, wie z.B. Erdöl, Erdgas, Kupfer und Eisenerz, werden gegen Ende des Jahrhunderts sehr knapp werden. Das zuständige Ministerium wird seine Aufmerksamkeit darauf konzentrieren, solche Energieressourcen wie Öl und Erdgas in der nächsten Dekade zu explorieren.

Die Lücke zwischen Angebot und Nachfrage von Eisen- und Kupfererzen wird sich vergrößern. Nur 80% der Eisen- und 50% der Kupfernachfrage kann um das Jahr 2000 befriedigt werden. Mehr als 95% der Energierohstoffe und 75-80% der Rohmaterialien für die weiterverarbeitenden Industrien stammen aus einheimischen Ressourcen.

Der Sprecher des Ministeriums erklärte, daß mit der schnellen Entwicklung der Volkswirtschaft und der Ausdehnung der Industrie der wachsende Bedarf nach natürlichen Ressourcen die Versorgungssituation nur noch schwieriger machen würde. Des weiteren würde die gewaltige Verschwendung durch die Zechen und Weiterverarbeitungsunternehmen tatsächlich den Verlust der kostbaren Mineralien des Landes vergrößern.

Im Jahre 1987 wurden ca. 300 Mio. t Kohle in kleinen Zechen produziert, die mehr als 1,35 Mrd. t hätten fördern können.

Der Sprecher des Ministeriums erklärte, daß jeder mögliche Schritt getan werden solle, um die kostbaren mineralischen Ressourcen des Landes im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung sowie die Nachwelt zu schützen und sparsam zu behandeln. Es müßten Mittel für die geologische Prospektion durch alle möglichen Kanäle gefunden werden. Wenn dies nicht geschehe, so würde die Versorgung mit Mineralien in den nächsten 10-20 Jahren unzureichend sein.

Bis zum Ende des Jahrhunderts sollten die staatlichen Zuweisungen für die geologische Exploration und die Forschung von gegenwärtig 1,4% auf 2% anwachsen. Die Arbeit der geologischen Prospektierung sei durch unzureichende Investitionen sowie durch Preiserhöhungen behindert. (China Daily, 18.11.89) -lou-

*(44)

Stärkere Kontrolle der Rohstoffzuteilungen

Der chinesische Staat schickt sich an, die ihm in jüngster Vergangenheit zu einem gewissen Grad aus den Händen geglittene Zuteilung wichtiger Rohstoffe an industrielle Nachfrager wieder unter zentrale Planung und straffere Aufsicht zu bringen. Im ersten Halbjahr 1989 aufgelaufene Rückstände sollen bis Jahresende wettgemacht werden.

Eine entsprechende Verordnung fordert alle in Erzeugung und Distribution tätigen Abteilungen und Betriebe auf, im Plan vorgegebene Quoten künftig genau einzuhalten. Zahlreiche Hersteller hätten ihren vertraglichen Verpflichtungen zur Belieferung staatlicher Unternehmen nur unzureichend genügt. Es sei für den Staat höchste Zeit, so ein Vertreter des Ministeriums für Materialien und Ausrüstungen, sich der Angelegenheit anzunehmen, bevor die Durchführung industrieller Schlüsselvorhaben ernsthaft in Gefahr geraten könne.

So wurden bei 15 von insgesamt 18 im Staatsplan enthaltenen wichtigen Materialien die Margen nicht erreicht; darunter waren u.a. Stahl mit 82%, die NE-Metalle Kupfer, Blei, Aluminium, Zinn und Zink mit 87% sowie Zement mit 81%. Besonders eklatante Fälle betreffen u.a. ein Aluminium-Werk in der Provinz Qinghai, das nur 3,1%, und ein Zementwerk aus derselben Provinz, das nur 12,8% der jeweiligen Pflichtmenge abgeliefert habe. Die Käufe und Verkäufe staatlicher Handelsorganisationen sanken von Januar bis Juni 1989 um 20 bzw. 23% gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres.

Erklärt wurde die unerwünschte Entwicklung u.a. mit Unvollständigkeiten im staatlichen Planungssystem und "überhöhten" Verkäufen der Erzeuger

auf den freien Märkten. Dort würden deutlich höhere Gewinnspannen als bei der Abgabe an den Staat realisiert. Die Lücke zwischen Markt- und staatlichen Ankaufpreisen müsse unbedingt verkleinert werden, hieß es. Die außerordentlich gespannte Lage im überlasteten Transportsektor habe ebenfalls dazu beigetragen, eine termingerechte Lieferung an die verarbeitende Industrie zu erschweren oder generell unmöglich zu machen.

Freuen können sich über die neue Verordnung eigentlich nur die großen und eher unflexiblen Staatsunternehmen. Die staatliche Gesellschaft für Rohmaterialinvestitionen will nach Pressemeldungen 1990 nur rd. 13 Mrd. Yuan, etwa soviel wie im Vorjahr, für Investitionen in staatliche Rohstoffvorhaben bereitstellen. Das Schwergewicht werde auf den Bereichen Chemie, Petrochemie, Baumaterialien, Stahl, Nicht-Eisenmetalle und Pharmazeutika liegen, hieß es. (NFA, 1.11.89) -lou-

*(45)

Arbeitslosenrate steigt

Nach Aussagen von Song Xiaowu, Direktor für Arbeitskräfte der China Enterprise Management Association (CEMA), auf einem internationalen Symposium in Beijing steige die Arbeitslosigkeit; sie werde gegen Ende 1989 wahrscheinlich 4% erreichen. Song regte an, daß China weiterhin Kontrolle hinsichtlich des Bevölkerungswachstums ausüben solle. Kontrolliert werden sollte auch der Fluß der Arbeitskräfte, verbessert werden müsse die Arbeitsproduktivität sowie das Arbeitslosenversicherungssystem. Dorf- und Kleinstadtunternehmen sollten entwickelt werden, um der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken.

Song erklärte, daß die gegenwärtige wirtschaftliche Anpassung sowie die Kürzungen des Investbaus zu dem großen Anstieg der Arbeitslosenrate beigetragen hätten. Noch im Februar 1989 habe die Arbeitslosenrate 2% betragen.

Die Situation sei sogar noch ernster, wenn man in Betracht ziehe, daß es 20 Mio. überschüssige Arbeitskräfte in den staatseigenen Unternehmen gebe. Dies sei auf frühere Entscheidungen des Staates zurückzuführen, Unter-

nehmen zu drängen, Arbeitnehmer einzustellen, um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen.

Da China die wirtschaftlichen Reformen intensiviere, nach denen Unternehmen ermutigt werden, neue Techniken einzusetzen, die Produktivität zu verbessern und die Kosten zu verringern, könnten die Kosten dieser unproduktiven Menschen einen sehr negativen Effekt auf die wirtschaftliche Entwicklung haben.

In den ländlichen Gebieten habe, Song zufolge, die Durchführung des Haushaltsvertragssystems sowie die Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktivität dazu geführt, daß 80 Mio. überschüssige Bauern in den ländlichen Gebieten sich um Arbeitsplätze bemühen.

Wegen der strikten Kreditpolitik der Regierung könnten die kleinen dörflichen und kleinstädtischen Unternehmen, die Hauptquelle für die ländliche Beschäftigung, nur 50% weniger im Jahre 1989 einstellen als im Vorjahr.

Song erklärte, daß es eine heiße Debatte unter den chinesischen Wirtschaftswissenschaftlern und Wirtschaftspolitikern gebe, ob sozialistische Länder wie China Arbeitslosigkeit zulassen sollten. Eine beträchtliche Anzahl von Menschen stimmten der Meinung zu, daß der Einsatz administrativer Mittel nicht die Arbeitslosigkeit beseitigen könne.

In Guangdong, der ersten Provinz, die sich gegenüber der Außenwelt mit wirtschaftlichen Reformen geöffnet habe, habe man Arbeitsloseninstitutionen gegründet. Gegen Ende des Jahres 1988 hatte diese Provinz ca. 64 Mio. Yuan Fondmittel für die Unterstützung von Arbeitslosen angesammelt. Unterstützungszahlungen in Höhe von 700.000 Yuan seien an 3.400 von insgesamt 8.930 registrierten arbeitslosen Arbeitern gezahlt worden.

Ca. 130.000 Arbeitssuchende in Beijing sind von der Stadtregierung dazu ermuntert worden, sich in privaten Unternehmen auf jeder Ebene zu betätigen, um das drängende Problem der Arbeitslosigkeit in der Stadt zu mildern. Die Regeln besagen, daß unbeschäftigte Beijinger, die Lizenzen in den Bereichen Nahrungsmittel, Dienstleistungen, Reparaturen, Textilien und

anderen Bereichen haben wollen, von der Einkommens- und Unternehmenssteuer für ein Jahr zur Hälfte befreit werden.

Nach Angaben der Stadt Beijing setzen sich die 130.000 Arbeitslosen aus Absolventen von Schulen aller Ebenen, aus entlassenen Soldaten oder Menschen ohne Einheiten zusammen. Ferner kämen dazu Bauern, die durch das Stadtleben angelockt worden seien, sowie ehemalige Straftäter.

Ein weiteres Potential stellen 150.000 Arbeitssuchende dar - Arbeiter, die entlassen worden sind als Ergebnis der Strukturreformen im Zuge der Reorganisation der Unternehmen. Zehntausende von ländlichen Arbeitern würden das Problem der Arbeitslosigkeit verschärfen. (China Daily, 27. u. 28.10.89) -lou-

*(46)

Hunger in Yunnan

In der chinesischen Provinz Yunnan haben mehr als 2 Mio. Menschen nicht genügend zu essen. Der Gouverneur der südwestlichen Provinz, He Zhiqiang, machte am 25.11.1989 in einem Interview mit der Nachrichtenagentur Xinhua den Rückgang der landwirtschaftlichen Nutzfläche und zu schnelles Bevölkerungswachstum für die problematische Ernährungslage verantwortlich.

In Yunnan, einer der am wenigsten entwickelten Regionen Chinas, leben 34,6 Mio. Menschen, viele davon Angehörige ethnischer Minderheiten. Die landwirtschaftliche Anbaufläche pro Kopf der Bevölkerung ging nach den Worten des Gouverneurs von 0,15 ha in den 50er Jahren auf 0,09 ha 1988 zurück.

Während im Rekordjahr 1984, als in der Volksrepublik 407 Mio. ha Getreide geerntet wurden, auf jeden Einwohner 299 kg Getreide kamen, waren es im vergangenen Jahr nur 264 kg. Die Situation im Ernährungssektor sei "besorgniserregend", meinte Gouverneur He. Ein Vertreter der chinesischen Behörden hatte im Februar geschätzt, daß im Jahre 1989 40 Mio. Chinesen nicht ausreichend ernährt werden könnten. Im vergangenen Jahr mußte China für seine 1,1 Mrd. Einwohner ca. 10 Mio. t Weizen einführen.

Die landwirtschaftliche Produktion des Landes stagniert seit 1984. Das von der Regierung für das Jahr 2000 anvisierte Ziel einer Getreideproduktion von 500 Mio. t halten westliche Experten für nicht realisierbar.

Die für das Jahr 1990 geplante Getreideproduktion beträgt 412 Mio. t, das wäre eine Zunahme von 7 Mio. t gegenüber dem Erntergebnis des Jahres 1989 in Höhe von geschätzt 405 Mio. t.

Der Minister für Landwirtschaft, He Kang, berichtete auf einer Nationalen Konferenz über landwirtschaftliche Entwicklung in Beijing, daß das Land ebenso versuchen wolle, im nächsten Jahr die Baumwollernte um 250.000 bis 400.000 t auf 4,25 bzw. 4,4 Mio. t zu steigern.

Nach dem Staatsplan soll die Produktion von Speiseöl um 1,5 Mio. t erhöht werden, so daß die Produktion insgesamt 15,5 Mio. t erreichen würde. Der Output von Fleisch solle 25,5 Mio. t betragen, 0,5 Mio. t mehr als 1989. Die Produktion von Meeresprodukten soll sich auf 11,5 Mio. t belaufen, ein Zuwachs von 300.000 t. (XNA, 25.11.89; China Daily, 30.11.89) -lou-

Taiwan

*(47)

Auswärtige Beziehungen in Kürze

Staatsbesuch des Königs von Swasiland

Mswati III., König des südostafrikanischen Staates Swasiland, stattete vom 23. bis 27. Oktober Taiwan einen Staatsbesuch ab. Swasiland ist einer der vier Staaten in Afrika, der mit der Republik China auf Taiwan diplomatische Beziehungen unterhält. Taiwan gewährt Swasiland Entwicklungshilfe in den Bereichen Landwirtschaft und Medizin. In einem gemeinsamen Kommuniqué bekräftigten beide Seiten die Fortsetzung der Zusammenarbeit in Handel, Landwirtschaft, Industrie und Technik. König Mswati III. hat Präsident Li Denghui (Lee Teng-hui) zum Besuch in Swasiland eingeladen. (ZYRB, 29.10.89; FCJ, 2.11.89)

Neue Wirtschaftszusammenarbeit mit Saudi-Arabien

Auf der 11. Sitzung des Gemeinsamen Komitees zwischen der Republik China (Taiwan) und Saudi-Arabien am 9./10. November in Taipei wurde über neue Wirtschafts- und technische Zusammenarbeit verhandelt. Während Taiwan seine Investitionen in Saudi-Arabien verstärken will, wird das arabische Königreich mehr Öl an Taiwan liefern. Er Riad hatte Ende August 1989 offizielle Handelsbeziehungen zu Beijing aufgenommen, wodurch die diplomatischen Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und Taiwan gefährdet wurden. Durch die neuen Vereinbarungen der Zusammenarbeit fühlt sich Taipei wieder besänftigt. Zur Teilnahme an der Sitzung des Gemeinsamen Komitees hat die saudi-arabische Regierung eine 28köpfige Delegation unter der Leitung des Ministers für Finanzen und Wirtschaft, Sheikh Mohammad Aba Al-Khail, gesandt. Gegenüber der Delegation sagte Ministerpräsident Li Huan (Lee Huan), der Versuch der chinesischen Kommunisten, die diplomatischen Beziehungen zwischen der Republik China und Saudi-Arabien zu stören, sei gescheitert. (CP, 11.11.89; ZYRB, 12.11.89; FCJ, 16.11.89)

2. Tagung des Gemeinsamen Ministerialausschusses zwischen Taiwan und Haiti

Am 2. November fand die 2. Tagung des Gemeinsamen Ministerialausschusses zwischen der Republik China (Taiwan) und Haiti in Taipei statt. Ursprünglich sollte der Ausschuß alle zwei Jahre einmal tagen. Aber seit der 1. Tagung 1984 sind fünf Jahre vergangen. Infolge der innenpolitischen Unruhen in dem mittelamerikanischen Land konnte die 2. Tagung nicht planmäßig abgehalten werden. Bei dem neuen Treffen hat Taiwan versprochen, die inzwischen unterbrochene Entwicklungshilfe für Haiti wiederaufzunehmen. Zur Teilnahme an der Tagung hat Haiti eine Delegation unter Leitung von Außenminister Yvon Perrier nach Taiwan gesandt. (ZYRB, 3.-4.11.1989; FCJ, 6.11.89; CP, 3.11.89)

Liberalisierung von Touristikreisen nach osteuropäischen Ländern

Das Verkehrsministerium in Taipei hat am 29. November Touristikreisen nach Osteuropa legalisiert. Davon ausge-